

## Steuerliche Forschungsförderung

Stand: Mai 2010

### **Zusammenfassung:**

Wir schlagen in diesem Papier vor, die steuerliche Forschungsförderung optional mit einer eigenkapitalaufbauenden Forschungsförderung zu kombinieren. Grund: Die steuerliche Forschungsförderung wird nur zu einem geringen Anstieg der F&E-Quoten im Mittelstand beitragen, solange die Finanzierungsprobleme für forschungsintensive Unternehmen nicht gelöst werden.

### Der Hintergrund:

Die Aufwendungen deutscher Unternehmen für Forschung und Entwicklung (F&E) erscheinen im internationalen Vergleich zu niedrig. Insbesondere für mittelständische Unternehmen weisen die Statistiken nur eine unterdurchschnittliche F&E-Quote aus. Deshalb hat die CDU/CSU-FDP Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag die folgende Verabredung festgehalten: "Wir streben eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung an, die zusätzliche Forschungsimpulse insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen auslöst."

### Der Diskussionsstand:

Bei der steuerlichen Forschungsförderung sollen Aufwendungen für F&E über die ohnehin möglichen Abzugsmöglichkeiten hinaus zusätzlich berücksichtigt werden. Dazu sind einige Fragen zu beantworten:

- 1.) Welches ist die sinnvollste Basis? In der Diskussion sind aus Gründen der einfacheren Messbarkeit die Personalaufwendungen. Ursprünglich hatten die Konzerne gefordert, die gesamten F&E-Aufwendungen zu berücksichtigen. Der Mittelstand profitiert eher von der jetzt beabsichtigten Regelung, da Forschung im Mittelstand i.d.R. personalintensiver ist.
- 2.) Art der Auszahlung? Hier ist in der Diskussion, dass die steuerliche Forschungsförderung zu einer Gutschrift führt, die mit anderen Steuerarten (vorzugsweise mit der Lohnsteuer) verrechnet werden kann.
- 3.) Einheitliche Sätze? Kleine und mittlere Unternehmen sollen in den Genuß einer prozentualen höheren steuerlichen Forschungsförderung kommen. In der Diskussion sind z.B. 4% für Konzerne und 12% für KMU<sup>1</sup>. Die Abgrenzungsprobleme (z.B. für mittelgroße Tochtergesellschaften von Konzernen) sind aber noch nicht gelöst.

---

<sup>1</sup> Die Großindustrie fordert die Einführung der steuerlichen Forschungsförderung vehement. Insbesondere die Konzernvertreter weisen auf den internen Steuerwettbewerb zwischen ihren internationalen Standorten hin: es wäre einfacher, Forschungsprojekte in Deutschland anzusiedeln, wenn es in Deutschland auch eine

4.) Zusammenspiel mit anderen Instrumenten: Geplant ist, dass für die steuerliche Forschungsförderung trotz angespannter Haushaltslage 1,5 Milliarden Euro jährlich aufgewendet werden. Die Maßnahme soll die bisherigen Projektfördermaßnahmen nicht ersetzen, sondern ergänzen.

## Der BVMW Vorschlag:

Wir befürworten die steuerliche Forschungsförderung, auch da niedrigere Steuern grundsätzlich einen positiven Einfluss auf Wirtschaftsaktivitäten haben. Aber wir fürchten, dass die steuerliche Forschungsförderung zwar ein wichtiger Baustein ist, aber nicht ausreicht, um die F&E-Quote im Mittelstand signifikant zu erhöhen. Ein gravierendes Hemmnis ist zur Zeit die schlechte Finanzierungssituation für Projektfinanzierungen. Daher schlagen wir vor, die Forschungsförderung zum gleichzeitigen Aufbau von Eigenkapital einzusetzen. Dieses Modell sollte als Option neben die direkte Verrechnung der Forschungsförderung, wie sie heute geplant ist, treten.

- ◆ Erhöhung des Fördersatzes für kleine und mittelständische Unternehmen auf 25 Prozent der Personalkosten.
- ◆ Die Forschungsförderung wird nicht mit anderen Steuerarten verrechnet, sondern auf einem Sonderkonto einer Bank (einer Förderbank) gutgeschrieben. Die Forschungsförderung selbst wird nicht besteuert.
- ◆ Der auf diesem Sonderkonto stehende Betrag darf als Vermögensposition und als Eigenkapital des mittelständischen Unternehmens gebucht werden (Bilanzverlängerung).
- ◆ Im Falle eines Insolvenz erhalten die Gläubiger (die Banken) Zugriff auf das Sonderkonto.
- ◆ Nach dem Ende der Bindungsfrist werden
  - im Falle eines erfolgreichen Forschungsprojekts (Vermarktung) die dann anfallende Lohnsteuer mit den früheren Einzahlungen auf dem Sonderkonto verrechnet.
  - im Falle eines nicht erfolgreichen Forschungsprojekts fallen die auf das Sonderkonto eingezahlten Beträge an den Fiskus zurück.

Durch diese Regelung rentiert sich der höhere Forschungsfördersatz von 25% auch für den Staatshaushalt.

Dieses Konzept erhöht die Effizienz der Forschungsförderung, da es gleichzeitig das häufig auftretende Problem der mangelnden Eigenkapitalausstattung für KMUs mit Forschungsvorhaben löst.

Kontakt: BVMW Bundesgeschäftsstelle, Abt. Volkswirtschaft, Tel. 030-533206-0, politik@bvmw.de

---

steuerliche Forschungsförderung gäbe. Die Differenzierung der Sätze zu Gunsten der KMU stößt bei den Konzernen nicht auf Gegenliebe.